

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Bestellung im Voraus für Groß-Berlin 10,00 M. im Voraus zahlbar, von der Spedition 1/18 abwärts 8,50 M. für Postbezugs nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unser Schreibband bezogen für Deutschland und Österreich 16,50 M. für das übrige Ausland 21,50 M. jährlich. Versandungsfrei, per Brief für Deutschland und Österreich 30,00 M. Redaktion und Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 10 III. Fernsprecher: Amt Norden 833-36 und 9768.

Die achtspaltige Anzeigenzeile ober dem Raum kostet 5.- M. einschließlich Leerraumzuschlag. Kleine Anzeigen: Das erste Heft 2.- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Leerraumzuschlag. Kaufende Anzeigen laut Tarif, Familien-Anzeigen und Stellenangebote 3,20 M. netto pro Zeile. Streifenangebote in Wortzeilen: das erste Heft 1,50 M., jedes weitere Wort 1.- M. Inseraten-Abteilung: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 10 Fernsprecher: Amt Norden 833-36, Buchhandlung Jenemann 2645 „Freiheit“-Buchdruckerei Jenicum 2030.

Freiheit

Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Das russische Problem.

Der Oberste Wirtschaftsrat und die Verhandlungen mit Rußland.

T.U. Paris, 10. Juni.

Das ständige Komitee des Obersten Wirtschaftsrates, das gestern zum ersten Male in London mit Krassin beraten sollte, ist zwar zusammengetreten, Krassin war jedoch nicht anwesend. Nach dem Londoner Berichterstatter des „Petit Parisien“ hat Lloyd George am Dienstag morgen den britischen Vertreter Wise ermächtigt, seinen Kollegen im Komitee zu erklären, daß zur Eröffnung der Besprechungen mit Krassin übergegangen werden könne. Am gleichen Abend jedoch widerrief Lloyd George diese Erklärung. Was in dieser Zeit geschehen ist, läßt sich nicht leicht sagen. Nach dem Berichterstatter des Blattes ist Lloyd George am Dienstag während der Besprechungen mit Krassin in der Downing Street durch dessen Erklärungen enttäuscht worden. Krassin soll nämlich erklärt haben, zwar imstande zu sein, Sicherheiten bezüglich der Sicherheit der britischen Kriegsgefangenen zu geben, jedoch nicht genügend bezüglich der Propaganda außerhalb Rußlands. Insbesondere sei er nicht in der Lage gewesen, schriftliche Versicherungen bezüglich des Schutzes der britischen Interessen in Persien zu geben. Wie verlautet, war auch Turgon, der der Unterredung beizuhöhen, durch diese Erklärungen nicht befriedigt. Er soll greifbare Würgeschloß, besonders für die Räumung von Gasseil am Schwarzem Meer verlangt haben.

Ueber die Zusammenkunft des Obersten Wirtschaftsrates selbst kann der Berichterstatter des „Petit Parisien“ folgende Einzelheiten mitteilen: Wise setzte den britischen Standpunkt auseinander und legte dar, daß es notwendig sei, die Handelsbeziehungen mit Rußland baldigst wieder aufzunehmen. Rußland müsse durch Lieferung von Lokomotiven und anderem Eisenbahnmateriale instand gesetzt werden, seine Exportgüter zu den Häfen zu befördern. Die Produktion der Landwirtschaft müsse durch die Lieferung landwirtschaftlicher Maschinen gesteigert werden.

Nach den Darlegungen Wises ergriff der französische Vertreter Avenol das Wort und setzte den Standpunkt Frankreichs in dieser Frage auseinander. Er erklärte, daß Frankreich grundsätzlich nicht gegen eine Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit Rußland sei. Es werde sich daher auch nicht widersetzen, wenn eine solche Wiederaufnahme möglich erscheine. Wohl aber werde Frankreich sich dagegen, daß die Bolschewisten das Gold, das sie aus der russischen Reichsbank geholt haben, als Zahlungsmittel gebrauchen. Frankreich verlange ferner, daß verschiedene Mittelernahmen, dieses Gold für sich, wovon im übrigen ein Teil Rumänien gehöre. Aber es halte es für unzulässig, daß die Räteregierung, die die Passiven der früheren russischen Regierung nicht anerkannt habe, die Aktiven, die ihr von diesen Regierungen hinterlassen worden seien, für ihre eigenen Bedürfnisse verwende. Frankreich wünsche übrigens,

daß die Handelsbeziehungen aufgenommen würden, zu wissen, ob die Räteregierung, wie behauptet wird, in Rußland die einzige Körperschaft sei, die Handel treibe, ob es den Kaufleuten der verbündeten Länder erlaubt sein würde, mit Privatpersonen Waren auszutauschen und weiter, welche Garantien der ausländische Handel haben werde, wenn er direkt über die Regierung gehe. Auf jeden Fall, schloß Avenol, werden die betreffenden Vereinbarungen eine direkte oder indirekte Anerkennung der Räteregierung in sich schließen.

H. N. Paris, 10. Juni.

Der „Petit Parisien“ meldet aus London: Der dauernde Ausschuss des Obersten Wirtschaftsrates wird sich erst dann wieder versammeln, wenn Krassin seinen Standpunkt gegenüber den verschiedenen Fragen klar zum Ausdruck gebracht haben wird, die Avenol in seiner Darlegung des französischen Standpunktes aufgeworfen hat. Dazu wird Krassin ein oder zwei Tage nötig haben; auch wird er weder Lloyd George noch dem britischen Kabinett begegnen, so lange er aus Moskau keine Antwort über die Garantien, die Lloyd George und Turgon gefordert haben, erhalten hat.

Das französische Kammermitglied Lafont will über den Anteil, den die französische Regierung an den Konferenzen mit Krassin zu nehmen beabsichtigt, interpellieren.

Der französische Gesandte in Stockholm erhielt den Auftrag, im Namen der französischen Regierung russischer Staatsobligationen die schwedische Regierung aufzufordern, die Beträge in Rubel und in ungemünztem Gold zu beschlagnahmen, welche die bolschewistische Regierung daselbst in dem Wanken in Verwahrung hat. Millerand selbst hat jüngst dem schwedischen Gesandten in Paris gegenüber diesen Protest wiederholt und ein gleicher Einspruch soll bereits formuliert sein und demnächst in London überreicht werden. Es verlautet, daß in London ein von der bolschewistischen Regierung mit Gold und Wägen beschicktes Schiff einreisen soll. Die französischen Zeichner der russischen Anleihe werden die englische Regierung ersuchen, das Gold ebenfalls zu beschlagnahmen.

Die Hollarung Frankreichs.

Genosse Paul Louis macht im „Populaire“ folgende Ausführungen über die zweite Konferenz des englischen Kabinetts mit Krassin:

Dieser zweite Empfang Krassin nimmt einen ironischen, man könnte fast sagen demütigenden Verlauf für die Leiter der französischen Politik. Nicht allein die Minister, die an der ersten Zusammenkunft teilgenommen hatten, waren erschienen, sondern auch andere und nicht die unbedeutendsten. Außen Chamberlain, Kanzler des Schatzamters, der sehr wenig Sympathie für die soziale Revolution hat, wohnte an Lloyd Georges Seite den Verhandlungen bei. Der Graf Sforza, der Spezialdelegierte Italiens, war ebenfalls anwesend, aber weder Millerand noch der französische Botschafter nahmen an den Verhandlungen teil. Das offiziöse Frankreich verhasst in seiner verzögernden Sozialisierung.

Die Wahlen zur Stadtgemeinde Berlin.

Noch unmittelbarer als im vergangenen Jahre werden in diesem Jahre der Wahl zum Reichstage die Wahl zur neuen Stadtgemeinde Berlin folgen. Nur noch knapp 10 Tage trennen uns von dem Wahltermin, der nicht nur die Entscheidung darüber bringen soll, ob die Einheitsgemeinde Berlin in ihrer Gesamtheit eine sozialistische Mehrheit haben werden. Die Wahlmündigkeit, die sich bei häufigen Wahlen einzustellen pflegt, muß deshalb mit allem Eifer bekämpft werden, es gilt, das Ziel zu erreichen, daß auch in den Verwaltungsbezirken eine sozialistische Mehrheit erreicht wird.

Denn die Einheitsgemeinde Groß-Berlin, die nur unter Überwindung des zähen und erbitterten Widerstandes der bürgerlichen Parteien zustande gekommen ist, hat in ihrer endgültigen Gestalt eine ganz andere Form angenommen als sie dem ursprünglichen Entwurf zugrunde lagen. Um wenigstens einen Teil seiner Macht zu erhalten, hat das Bürgertum auf allen Gebieten erfolgreich durchzusetzen verstanden, daß an Stelle einer strikten Zentralisation den Bezirken von vornherein eine ganze Reihe von Aufgaben zur selbständigen Lösung vorbehalten wurden. Es ist also durchaus nicht gleichgültig, ob eine sozialistische Mehrheit in der Gesamtgemeinde bürgerlichen Mehrheiten in den Verwaltungsbezirken gegenübersteht.

Das Bürgertum hat das auch bereits durchaus erkannt. Mit einem Eifer, der angesichts der schnell aufeinanderfolgenden Wahlen überraschend erscheint, hat es gearbeitet für die Wahlen in den Verwaltungsbezirken eingeleitet, und es ist, um eine Zersplitterung des Bürgertums zu vermeiden, auch bereits in einer Reihe von Verwaltungsbezirken zu einer Verständigung der noch vor wenigen Tagen so feindlichen Brüder über die Aufstellung einheitlicher Listen bzw. der Verbindung der Listen der einzelnen Parteien untereinander gekommen. Von dieser Seite also ist alles geschehen, um einen Sieg des Bürgertums, den man zwar nicht für die Gesamtgemeinde zu erhoffen wagte, wohl aber in einzelnen Verwaltungsbezirken, zu sichern und die Arbeiterklasse von der Beherrschung des gemeindlichen Verwaltungssapparates zurückzubalten.

Hat man das Zustandekommen des Gesetzes über die Einheitsgemeinde Groß-Berlin nicht verhindern können, so will man es wenigstens auf diesem Wege möglichst unschädlich zu machen suchen. Man hofft, daß bürgerliche Mehrheiten in den Bezirksversammlungen instande sein werden, Maßnahmen der Einheitsgemeinde wenigstens in der Praxis so zu durchkreuzen, daß sie wirkungslos werden und der von der Einheitsgemeinde erhoffte Zweck, die völlige Neuordnung des kommunalen Wesens von Groß-Berlin, illusorisch gemacht wird.

Denn trotz all der zahlreichen Mängel des neuen Gesetzes und der starken Abhängigkeit der Maßnahmen der Gemeinden von denen des Staates und des Reiches, werden doch durch die Einheitsgemeinde zahlreiche Hindernisse beseitigt, dem sozialistischen Proletariat Groß-Berlins bei seiner Aufgabe entgegenzutreten, sich den ihm nach seiner Zahl und seiner ökonomischen Kraft zustehenden Einfluß zu verschaffen. Zwar haben ja bereits die Wahlen des vergangenen Jahres sowohl für die Stadt Berlin, wie für eine Reihe von Vororten sozialistische Mehrheiten gebracht. Aber neben den auch jetzt noch das Zusammenarbeiten erschwörenden Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden sozialistischen Parteien waren es in erster Linie die Unsicherheit der kommunalen Zukunft der einzelnen Städte, die außerordentlich verschiedene Finanzkraft der Gemeinden sowie die Rückständigkeit des ganzen Verwaltungssapparates, die jeder großzügigen Fortschritt von vornherein unmöglich machten. Gerade auf dem letzteren Gebiet aber kann eine sozialistische geleitete Einheitsgemeinde, wenn sie den Willen zu endgültigen Taten hat, zahlreiche Hindernisse aus dem Wege räumen, die der Verwirklichung der Absichten der werktätigen Bevölkerung bisher im Wege standen.

Hätte die Revolution auch das alte Dreiklassenwahlrecht hinweggeschwemmt und mit ihm das Privileg der Hausbesitzer, und war auch das Eindringen von Arbeitervertretern in den Magistrat, soweit unbefordete Personen in Frage kommen, wesentlich erleichtert worden, so würde doch an dem Teil und dem Geist der Verwaltung, der von bezahlten Kräften ausgeübt wurde, wenig geändert. Hier aber lag der Schwerpunkt der Gemeindefähigkeit. Denn da es in der Gemeinde noch viel mehr als im Staat auf die Ausführung der Verwaltungstätigkeit ankommt,

Die neue italienische Krise.

Neue Verschiebung der Konferenz von Spa?

Nach den jetzt vorliegenden ausführlichen Meldungen über die Vorgänge in der Mittwochssitzung der italienischen Kammer hatten mit Ausnahme der Popolari alle Parteien in Fraktionsstimmungen beschlossen, dem Kabinett Nitti das Vertrauen zu verweigern. Dessen Rücktritt war deshalb unvermeidlich geworden. Den formellen Anlaß zum Sturze Nittis gab die Brotverordnung, in Wirklichkeit ist keine Partei mit dessen Politik zufrieden gewesen. Die tieferen Ursachen der jetzigen Krise liegen in den sozialen Erschütterungen, die Italien durchzumachen hat. Die Folgen des Krieges lasten auf der minderbemittelten Bevölkerung ebenso sehr, wie in den Staaten, die den Krieg verloren haben. Die Lebensmittelpreise sind auf außerordentlichem Höhepunkt, die Arbeiter, Angestellten und Beamten müssen schwere Kämpfe um die Verbesserung ihres Einkommens führen. Diese Stimmung kommt in der außerordentlichen Stärke der sozialistischen Partei zum Ausdruck, auf deren Wünsche jede Regierung Rücksicht nehmen muß. Das erregt aber wiederum den Widerspruch der bürgerlichen Parteien; so machen es diese jetzt Nitti zum Bormann, daß er den Eisenbahnern, den Post- und Telegraphenbeamten bei der Bewilligung ihrer Forderungen zu weit entgegenkommen sei.

Wie die neue Krise gelöst werden soll, ist völlig zweifelhaft. Man spricht schon von einer Rückkehr Giolittis, der im Jahre 1915 sich gegen den Ministerpräsidenten in den Krieg

gewandt hatte und deshalb von den Nationalisten aufs Schärfste bekämpft wurde. Heute sollen ihn noch die Meldungen einigerblätter die bürgerlichen Parteien für den einzigen Mann halten, der die Krise lösen könnte, ohne daß die Kammer aufgelöst werden müßte. Denn die Auflösung der Kammer fürchten alle bürgerlichen Parteien, weil Neuwahlen ohne Zweifel eine erhebliche Stärkung des Sozialismus ergeben würden. Die französische Presse spricht sich scharf gegen die Rückkehr Giolittis aus, weil sie davon eine Verschlechterung der französisch-italienischen Beziehungen befürchtet.

Es ist möglich, daß die italienische in Verbindung mit der deutschen Krise dazu führen wird, die Konferenz von Spa aufs neue zu vertagen. Darauf bereitet auch eine Davosnote vor, in der gesagt wird, in ähnlichen alliierten Kreisen frage man sich, ob das italienische und das deutsche Kabinett so rechtzeitig gebildet werden würden, daß sie sich noch vor der Juli-Zusammenkunft der Alliierten in Brüssel als Vorbereitung für Spa den Parlamenten vorstellen könnten. Andernfalls müßte die Konferenz in Spa von neuem vertagt werden. Es sei daher möglich, daß unter diesen Umständen die Führer der alliierten Regierungen geneigt sein würden, auf die Zusammenkunft zu verzichten. Die interalliierte Finanzkonferenz zwischen den Vertretern der Alliierten, der Deutschen und der Neutralen in Brüssel könne vielleicht stattfinden, ohne das Ergebnis der Konferenz in Spa abzuwarten. Sie würde dann die Aufgabe haben, Maßnahmen zur Herstellung des wirtschaftlichen Gleichgewichts in Europa zu treffen, vor allem durch eine internationale Konferenz.

Es war trotz sozialistischer Mehrheit in vielen Fällen der Wille des sozialistischen Proletariats gehemmt.

Die neue Stadtverordnetenversammlung kann gerade hier Anerkennung schaffen. Denn sie wird nicht nur den neuen Groß-Berliner Magistrat zu wählen haben, der aus dreißig bejohlenen Kräften bestehen kann, sondern auch die leitenden Beamten in den Bezirken. Sie muß außerdem den Inhalt des Rahmens der Einheitsgemeinde schaffen, den das Gesetz unausgefüllt gelassen hat. Hier ist sowohl die weitgehende Vereinfachung der Verwaltung, wie auch die Zusammenfassung großer wichtiger, bisher von den einzelnen Gemeinden ausgeübten Aufgaben möglich. Vor allem aber ist die Frage der Kommunalisierung von Wirtschaftszweigen zu lösen. Zwar wird das dem neuen Reichstage zugehende Kommunalisierungsgesetz kaum die Anforderungen der Arbeiterklasse erfüllen. Trotzdem muß gerade auf den Gebieten, in denen die private Wirtschaftsweise die Interessen der großen Masse der Bevölkerung schwer geschädigt hat, die Kommunalisierung in Angriff genommen werden. Sowohl auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung als auch auf dem des Verkehrswezens, des Wohnungswesens usw. stehen der neuen Einheitsgemeinde große dringende Aufgaben bevor, Aufgaben, die nur gelöst werden können, wenn der bewusste Wille zur Lösung im sozialistischen Sinne vorhanden sein wird.

Die Wahl von unabhängigen Sozialdemokraten ist deshalb für die Einheitsgemeinde Groß-Berlin, wie auch für die Bezirksversammlungen dringend erforderlich. Von der Unabhängigen Sozialdemokratie ist in ihrer kommunalpolitischen Betätigung in Groß-Berlin der Beweis erbracht worden, daß sie sich weder von Rücksichten auf die jedem wirklichen Fortschritt obholde Verwaltungsbureaucratie, noch von überängstlichen Bedenken gegen das neu zu Schaffende leiten ließ. Welt mehr als die rechtssozialistische Partei ist die Unabhängige Sozialdemokratie auch auf kommunalpolitischem Gebiet die Führerin jedes sozialistischen Fortschritts gewesen, weil sie vom Vertrauen auf die herrliche Kraft des Sozialismus, auf die Überlegenheit der gemeinwirtschaftlichen Wirtschaftsweise und die ökonomische Kraft der Arbeiterklasse gestützt, längliche Reagiertheit nicht kannte und großen Gedanken jederzeit Geltung zu verschaffen versuchte.

Ebenso wie der 6. Juni muß deshalb der 20. Juni ein Siegstag nicht nur für die Unabhängige Sozialdemokratie Groß-Berlins werden, sondern auch ein erneutes Bekenntnis der Arbeiterklasse Groß-Berlins zum revolutionären Sozialismus.

Auf dem Weg zum Bürgerblut.

Die Regierungskrise ist in den letzten vierundzwanzig Stunden ihrer Lösung nicht näher gekommen. Nur insofern ist eine gewisse Klärung geschaffen, als sich einige führende Rechtssozialisten, wie besonders Philipp Scheidemann und Paul Hirsch, recht entschieden gegen ein Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei ausgesprochen haben. Wir möchten noch nicht unbedingt die Hand dafür ins Feuer legen, daß die Gesamtpartei sich unter allen Umständen diesem Standpunkt anschließen wird, aber immerhin spricht eine große Wahrscheinlichkeit für die Ablehnung.

Die interessanteste Frage ist nun die nach den Absichten der Demokraten. Das „Berl. Tageblatt“ äußert sich am Donnerstag Abend so:

Wir halten es für selbstverständlich, daß die Demokraten in keine Regierung eintreten können, an der die Mehrheitssozialdemokraten nicht teilnehmen. Wie weit die Deutsche demokratische Partei, unserer Ansicht nach, zur Vereinbarung der von den Rechtsparteien angebotenen unheilvollen Vereinbarung, gehen könnte, haben wir in der Montag-Abendnummer ausgesprochen. Wir haben gesagt, daß wir „in Zusammenhang mit hervorragenden Hochbeamten“ an geeigneten Plätzen in Ministerien, ebenso wenig heute wie früher eine Unmöglichkeit sehen würden — falls die oben erwähnten Voraussetzungen (Einkleidung der „rechten Seite“ der Deutschen Volkspartei) erfüllt wären. Lassen sich diese Voraussetzungen nicht erfüllen, wollen wir aber die Sozialdemokraten auch an einer solchen Regierung sich nicht beteiligen. . . . so bleibt eben nur übrig, daß die Rechtsparteien die Regierung bilden und dann dem Volke zeigen, was sie, nach soviel Kritik und soviel Verheißungen, leisten können. Sie haben nur eine Minderheit, kann wenig vom Pop. Wohl erwarten, noch weniger eine Schonzeit gewähren würde.

Mit anderen Worten: unter bestimmten Bedingungen sind die Demokraten des „Berliner Tageblatts“ nicht abgeneigt, und werden die Bedingungen nicht erfüllt, so wollen sie eine Regierung der übrigen bürgerlichen Parteien, die an sich nicht über eine Mehrheit im Parlament verfügen würde, eine Schonzeit gewähren, d. h. ihr bei den entscheidenden Abstimmungen beispringen.

Nun ist das „Berliner Tageblatt“ noch weniger die Demokratische Partei als der „Vorwärts“ die Sozialdemokratie, und in den Reihen der demokratischen Bürger lassen sich Stimmen vernehmen, die sich weniger zurückhaltend über das Bündnis mit dem gestern noch so feindlichen Bruder äußern. So will beispielsweise der Oberbürgermeister Dominicus den Gedanken der Koalition keineswegs ohne weiteres von der Hand gewiesen sehen, und eine Aufschrift die die demokratische „Maged. Ztg.“ von „beachtenswerter Seite“ erhält, spricht sich in ähnlichem Sinne aus. Am bezeichnendsten aber ist die Art wie die demokratische Presse Bayerns das Ergebnis der dortigen Landtagswahlen bespricht. Sie setzt sich für eine Verständigung mit der doch „auch liberalen“ Volkspartei ein und der „Frank. Kurier“ fordert seine Parteifreunde auf, dafür zu sorgen, daß Bayern, das Land, das in der Frage der liberalen Einigung schon einmal handbrechend gewesen sei, auch jetzt in der so dringend nötigen Einigung der bürgerlichen Parteien die Führung übernehme.

Ebenso wenig eindeutig und einheitlich wie die Meinungsäußerungen der Demokraten sind bisher die aus dem Lager des Zentrums. Die „Germania“ veröffentlicht einige Interviews mit bekannteren Mitgliedern der Partei. Der gegenwärtige Finanzminister Wirth sagt, es stehe jedenfalls fest, daß der politische Einfluß des Zentrums nicht zurückgegangen sei. Im Gegenteil werde die Zentrumsfraktion für jede Regierung einen starken Einspreiser abgeben. Ohne Hinzuziehung des Zentrums sei keine Regierungsbildung möglich und an eine gesüßliche Ausdehnung des Zentrums könne noch nicht gedacht werden.

Die Koalition nun gewählt werden soll, darüber schweigt sich Herr Wirth vorsichtig aus. Das wichtigste ist ihm, daß man rechts und links mit dem Zentrum rechnen muß.

Ein anderer der Notabeln, der in Frankfurt gewählte Abgeordnete Schwarz ist offenbar noch nicht genügend diplomatisch geschult und erklärt deshalb in seinem Eifer, daß eine Regierung aller bürgerlichen Parteien unmöglich sei, da weder das Zentrum (einschränkend fügt er hinzu: wenigstens in seiner Mehrheit) noch die Demokratie mit den Deutschnationalen unter Helfferichs und von Gräfers Führung zusammenarbeiten könnten.

Da ist der ehemalige Verkehrsminister Dr. Bell doch ein gewiegterer Kaktifer. Er schwört, daß die Zentrumsfraktion ihre Entschlüsse wie bisher unter Voranstellung der vaterländischen Interessen über das Parteinteresse stellen werde. Es komme in der Sanftmütigkeit darauf an, diejenigen Parteien zu vereinigen, die fest entschlossen seien, an Stelle unfruchtbarer Kritik und negativer Tätigkeit positive gemeinnützige Arbeit zu leisten. Dem geizigen Leser bleibt es überlassen, sich seine Gedanken darüber zu machen, welche Parteien den von Herrn Bell formulierten Ansprüchen gerecht werden.

Alles in allem: die rein bürgerliche Regierung beginnt sich in ihrem Unwillen zu zeigen, und zweifelhaft ist eigentlich nur noch, ob sie alle Gruppen von den Deutschnationalen bis zu den Demokraten umfassen oder ob eine dieser beiden Parteien in wohlwollender Neutralität draußen bleiben wird. Wir halten diese Regierung für unvermeidlich. Sie wird den Übergang zu einer neuen revolutionären Epoche bilden.

Der neue Landtag in Oldenburg.

Bei den Wahlen zum Gesamtländtag hat die Volkspartei 15, das Zentrum 11, die Demokratische Partei 7, die S. P. D. 10, die U. S. P. D. 5 und der Landbund und die Deutschnationale Partei je einen Sitz erhalten.

Landtagswahl in Virensfeld.

Bei den Landtagswahlen die Provinz Virensfeld dürften nach vorläufigem Ausfall als gewählt anzusehen sein: Wehand (Bauernbund), Dörr (Demokrat), Sipp (Demokrat), Hartung (Zentrum) und Helminger (Sozialdemokrat).

Bürgerliche Obstruktion in Braunschweig.

Braunschweig, 19. Juni.

In der heutigen Sitzung der Landesversammlung, in der die Bildung der neuen Regierung auf der Tagesordnung stand, wurde ein Antrag der Rechten, die Wahl einer neuen Landesregierung solange auszuschieben, bis die Frage der Bildung der neuen Reichsregierung geklärt sei, abgelehnt. Die Abstimmung über einen Antrag der Unabhängigen, die Regierung aus drei unabhängigen und zwei Mehrheitssozialisten zu bilden, ergab die Beschlusungsunfähigkeit des Hauses. Es schied der größte Teil der Fraktion des Landtagsverbandes. Darauf wurde die Wahl der Regierung auf morgen vertagt.

Die Koalitionsschmerzen.

Zu den Stimmen aus der Parteipresse zur Reichstagswahl tragen wir noch eine Äußerung der Braunschweiger „Freiheit“ nach. Nach einer Betrachtung über die Möglichkeiten und Unmöglichkeiten der Regierungsbildung im Reich auf Grund des Wahlergebnisses schreibt unser Parteiorgan in Braunschweig:

„So lange die Rechtssozialisten dem wichtigsten Bahne leben, im Verein mit Kapitalinteressen, notwendige Arbeit für den Sozialismus und die Arbeiterbewegung leisten zu können — der „Vorwärts“ drückt sich tatsächlich in seiner Dienstnummer so aus — ist mit ihnen über Fragen der politischen Zukunftsgestaltung überhaupt nicht zu reden, auch wenn die Rechtssozialisten sich in dieser Hinsicht nicht mehr gefallen. Sie mögen zurückkehren zu unsersprochener proletarischer Politik.“

Die Koalitionsschmerzen der Bürgerlichen und Rechtssozialisten berühren unsere Partei nicht. Im Gegenteil, die proletarische Bitterkeit hat auf das deutlichste gezeigt, daß sie der Politik unserer Partei verhaftet sind und wir haben besonders im Wahlkampf keine Zweifel darüber gelassen, daß wir diese Politik getreulich fortsetzen werden. Seine Koalition mit den bürgerlichen Parteien, ständige Abweisung jedes Versuches, mit kapitalistischen Hochbeamten die deutsche Wirtschaft weiter dem Elend auszuliefern. Wer mit uns für die Erringung des Sozialismus seine Kräfte einsetzen will, der soll uns willkommen sein.“

Die Haltung unserer Presse zur Wahl und zu dem Räffel der Regierungsbildung zeigt eine erfreuliche Uebereinstimmung in der Beurteilung der Lage und der Aufgaben unserer Partei. Alle Blätter treten ein für die Beibehaltung unserer alten Taktik, die jede Verbindung mit einer Koalition mit dem Bürgertum außerhalb des Bereiches der politischen Möglichkeiten stellt.

Ein Ablenkungsmanöver.

Die „Deutsche Tageszeitung“ veröffentlicht einen Auszug aus „Mittellinien“, die angeblich von der U. S. P. des niederrheinischen Bezirks X als Vorbereitung auf den nächsten Generalkongress aufgestellt und an die Funktionäre verhandelt worden seien. Die Mittellinien beschränken sich in erster Linie mit der Bekämpfung der Technischen Reichshilfe und es werde darin ganz unbedingt zur Sabotage aufgefordert. Das Blatt schließt daran, daß die Unabhängigen planmäßig und konsequent einen neuen Umsturzversuch vorbereiten und Inhaft daran diese Forderungen:

Es muß verlangt werden, daß die Regierung ihr ganzes Augenmerk darauf richtet, die Pläne der Unabhängigen nicht festsetzen zu lassen. Vor allen Dingen hat sie die Pflicht, die Technische Reichshilfe unbedingt in Schutz zu nehmen und dafür zu sorgen, daß ihre Arbeitsmöglichkeit nicht unterbunden wird. Im übrigen läßt sie auf daran, der Öffentlichkeit bald mitzuteilen, welche Schritte sie gegen die Pläne der Unabhängigen zu unternehmen gewillt ist und ob sie wirklich für den wirksamen dieser Schritte die Beteiligung der Unabhängigen an der Regierung hält, um die der „Vorwärts“ fortgesetzt Störgedächte nach links richtet.

Und sind derartige Mittellinien nicht bekannt, vielmehr handelt es sich nur um ein Phantasieprodukt eines Kopfphils. Selbst wenn aber die Mittellinien der „Deutschen Tageszeitung“ richtig wären, so würden diese Mittellinien nur der Abwehr eines Putsches dienen, der von den Rechtssozialisten heranzubringen werden sollte.

Offenbar beabsichtigen die reaktionären Kreise mit solchen Veröffentlichungen die Aufmerksamkeit von den Putschplänen in ihren eigenen Reihen abzuwenden.

Die sozialistische Presse Frankreichs über den Wahlausfall.

Genosse Jean Longuet schreibt in „Le Populaire“ vom 8. Juni: „Die Ergebnisse der Wahlen, soweit sie bis zur Stunde vorliegen, bestätigen unsere Erwartungen. Sie zeigen den Sturz der bisherigen beträchtlichen Schwächung der Rechtssozialisten — die gerechte Strafe für ihr Ausgeben der sozialistischen Prinzipien — und einen ausgezeichneten Fortschritt unserer Genossen von der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, denen von nun an mehr und mehr das Schicksal des internationalen Sozialismus anvertraut sein wird.“

Im ganzen scheint es, daß der Sozialismus nicht so gestillt hat, wie man es nach den oftmals verheerenden Besätzen der Rechtssozialisten und der bedauerlichen Spaltung des Proletariats hätte erwarten können. Fast überall hat die U. S. P. die Stimmen erhalten, die von der Partei der Arbeit und Wähler gestohlen worden waren.

Es ist aber nicht zweifelhaft, daß sich die Notwendigkeit ausfinden wird, die politische Einheit der Arbeiterklasse herzustellen. Der Zusammenschluß der Sozialisten, der Zusammenschluß nach links, wird, wie wir auch in Deutschland mehr und mehr auf der Tagesordnung stehen.“

Regierungskrise in Sachsen.

Die Reichstagswahl hat auch in Sachsen einen gewaltigen Rückgang der rechtssozialistischen und eine erhebliche Steigerung der unabhängigen Stimmen gebracht. Das Stärkerwerden der beiden Parteien ist jetzt ziemlich gleich geworden, die Unabhängigen sowohl wie die Rechtssozialisten entsenden je neun Vertreter in den Reichstag; dazu kommen ein Kommunist, drei Demokraten, sieben Deutsche Volksparteiler und sechs Deutschnationalen. Die sächsische Regierung wurde bisher von den Demokraten gebildet, die nunmehr in die Minderheit gedrängt sind. Sie will die Konsequenzen aus dem Ergebnis der Reichstagswahlen durch ihren Rücktritt ziehen, aber erst noch die Regierungsbildung im Reich abwarten. Es wird eine Erklärung veröffentlicht, worin es heißt: Die jetzige Koalition sei der Meinung, daß die Wahl zum neuen Landtage ungehindert vorzunehmen sei, sobald die dringendsten Vorlagen erledigt seien. Insbesondere müßten die Verfassung, die Wahlgesetzvorlage, sowie das Landessteuergesetz für die Gemeinden beschleunigt werden.

Die sächsischen Rechtssozialisten haben ihr Schicksal ganz besonders bedauert. Gerade in Sachsen wäre es möglich gewesen eine sozialistische Politik zu treiben, da die Mehrheit der Bevölkerung sich dafür entschieden hätte. Statt aber die Förderung des Sozialismus im Rahmen der eingeschränkten Möglichkeiten zu erfüllen, haben die Rechtssozialisten unter Führung des Herrn Dr. Stadmann sich mit dem Bürgertum zu verbünden und die kapitalistische Wirtschaft zu stärken. Es wird nun abgewartet sein, ob die sächsischen Rechtssozialisten die Lehren aus der Reichstagswahl ziehen oder ob sie es dahin treiben werden, den Wiederbruch ihrer Partei zum höchsten Untergrund zu gestalten.

Ein revolutionärer Held!

Herr Königlich Justizrat, Rechtsanwalt und Doktor Droß der unsere Partei wiederholt und öffentlich als Partei der Lüge, der Verleumdung und des Verrats beschimpft hat, ist zum Rabi gelaufen, weil er vom Genossen Grispian in der „Freiheit“ gelegentlich gedehrend abgestraft wurde. Durch die Artikel „Der intellektuelle Oberhang und der radikale Parteigenosse“ fühlt Herr Droß beleidigt und sowohl in seinem Verufe als Rechtsanwalt beeinträchtigt, wie auch als Schriftsteller geschädigt. Darum beantragt Herr Droß, unsern Genossen Grispian wegen Vergehens aus §§ 185, 186, 187, 188 St. G. B. zu bestrafen und außerdem auf Leistung einer an Herrn Droß zu entrichtenden Buße von 3000 M. zu erkennen. Herr Droß ist also doch ein tapferer Held, der für seine Ehre und — seinen Geldbeutel wader zu streiten weiß. Erst beschimpft und schlägt er die Partei, deren Mitglied er ist. Dann tritt er aus der Partei aus, um einem Ausschlußverfahren zuzorgreifen und schließlich läuft er zu einem bürgerlichen Gericht und verjähmt es nicht, von ihm ein Urteilverfahren für sich zu verlangen; er ist so revolutionär, gleichzeitig die Hilfe eines bürgerlichen Gerichts zur Erlangung von 3000 M. in Anspruch zu nehmen.

Herr Droß ist eben nur nebenamtlich ein Revolutionär. Als Königlich Justizrat, Rechtsanwalt und Doktor, der alle wunderbaren Einrichtungen der Klassenjustiz eines kapitalistischen Klassenstaates vorzüglich kennt, verjähmt er es nicht, diese Einrichtungen gegen politische Gegner zu benutzen. Eine andere Frage ist es, ob in diesem Falle der Königlich Justizrat Dr. Droß den Revolutionär Droß gut beraten hat. Wir glauben nicht, daß er Ruhm ernten und auf seine Kosten kommen wird.

Die sozialistischen Studenten an den Berliner Hochschulen haben sich zu einer Vereinigung der sozialistischen Studenten Groß-Berlins zusammengeschlossen. In ihren Grundzügen kennen die neue Vereinigung ihre Solidarisität mit dem internationalen Klassenkampf des Proletariats. Sie erstrebt eine höhere Neugestaltung der Hochschule, die nur durch eine Revolutionierung des gesamten Schul- und Erziehungswezens der sich geben könne. — Wir begrüßen den Zusammenschluß der sozialistischen Studenten und wünschen ihnen ein volles Maß Energie, um der reaktionären Hochkultur an den Berliner Hochschulen ein Bollwerk entgegenzusetzen.

Rücktritt des Staatssekretärs Stod. Wie von ausüblicher Stelle mitgeteilt wird, hat der Staatssekretär im Reichswehrministerium, Herr Stod, am 9. Juni dem Herrn Reichspräsidenten seinen Rücktritt angeboten. Der Reichspräsident hat das Rücktrittsgesuch angenommen, hat aber den Staatssekretär Stod gebeten, sein Amt fortzuführen, bis die neue Regierung gebildet wird.

Die deutschen Truppen in der neutralen Zone. Von unabhängiger Stelle wird mitgeteilt: Vom 10. Juni ab liegen in der 50-Kilometer-Zone, wie von der Entente bestimmt, nur noch zehn Bataillone, fünf Schwadronen und eine Batterie. Diese Verbände bilden einen Teil des Übergangsheeres, dessen Herabminderung auf 200 000 Mann durchgeföhrt ist.

Das Herrenhaus als Sitz des vorläufigen Reichswirtschaftsrats. Das Herrenhaus wird als Sitz des vorläufigen Reichswirtschaftsrats zur Verfügung gestellt werden. Ueber die Umlegung des Reichswirtschaftsrats, das angeblich im Gegensatz zum Reichstag, dem Reichswirtschaftsrat noch vorbehalten ist.

Heute Abend Flugblattverbreitung von den bekannten Stellen.

Ungarns Friedensvertrag.

Unser ungarischer Mitarbeiter schreibt uns:

Die ungarische Regierung bestimmte, daß der Kriegsmilitär zum Unterzeichnen des Friedensvertrages nach Versailles fahren soll. Die Offiziere erzwangen seinen Rücktritt mit der Begründung, die ungarische Armee wird diesen Frieden mit ihren Waffen umstürzen, der Name eines Angehörigen der Armee darf nicht unter diesem Vertrag stehen. Weil die Offizierterroristen devalvierte Mörder sind, meinen sie, zu einem Wortbruch lauge ein gewöhnlicher Minister, der nicht des Königs Rod trage, besser. Die Vorbereitungen zum Frieden, die Ungarn betreibt, sind auch sonst recht eigenartlicher Art. Es finden Zusammenkünfte und Einberufungen statt. Es werden alle Institutionen militärischer Natur, Offiziers-Erziehungsanstalten, der ganze administrative Apparat einer großen Armee eingerichtet. In der Stadt Kolosvar war ein Lager für eine aus österreichischen Offizieren bestehende österreichische Legion eingerichtet; die Aufstellung einer deutschen und russischen gegenrevolutionären Truppe ist im Gange. Drei Tage vor der Abreise des Friedensbeauftragten hielt der Führer der christlich-nationalen Vereinigung und Minister des Unterrichts, Stefan Gallér, eine Rede, in welcher er erklärte, wenn die Verhältnisse uns zur Wiederherstellung unseres Landes in seinen alten Grenzen die Waffen in die Hände drücken werden, so werden wir mit der Entschlossenheit unserer Rasse wieder in den Krieg ziehen." (Zitiert „Az Est“, 1920, VI, 1.)

Es ist natürlich ein ungerochter und unvernünftiger Friede, wie alles, was aus der Werkstatt des Imperialismus kommt. Aber man soll nicht vergessen, daß es die heute in Ungarn wieder herrschende Klasse war, die mit ihrer agrarischen Wirtschaftspolitik und mit der nationalen Unterdrückung von 10 Millionen Jugoslawen, Rumänen und Slowaken die Saat des Krieges säte. Man soll nicht vergessen, daß die Hand eines ungarischen Aristokraten das Ultimatum Serbiens niederschrieb und daß der ungarische Friedensdelegierte Graf Apponyi im Abgeordnetenhaus die Kriegserklärung mit den Worten begrüßte: „Nun endlich!“ Es ist nur traurig, daß, wie immer, die Massen für die Verbredungen büßen müssen, die ihre Verräter begangen haben.

Der Sturz Ungarns ist ein tiefer: von einem ansehnlichen Mittelstaat von 320 000 Quadratkilometer schrumpft er zu einem Kleinstaat von 94 000 Quadratkilometer zusammen; seine Bevölkerung, die vor dem Kriege an 20 Millionen zählte, wird nun 7,5 Millionen betragen. Siebenbürgen, das Banat, die Kornkammer des Landes, muß es an Rumänien, die Slowakei an die tschecho-slowakische Republik, das Komitat Vacka, das fruchtbare Schwarze Erdboden und die Hälfte der Schweinezucht, sowie Kronen an Jugoslawien, Westungarn an Deutschösterreich abtreten. In allen diesen Gebieten leben auch ansehnliche magyarische Minoritäten, teils als kleinere oder größere Sprachinseln in dem Meer der Rumänen und Slowaken eingebettet, teils aber an den Grenzen des abzutretenden Gebietes, was eine ungeheure ungeordnete Verlegung des Friedensvertrages ist. Der Krieg sollte in Osteuropa dem Nationalitätenprinzip zum Siege verhelfen und die von den Magyaren verhinderte Bildung des jugoslawischen, rumänischen und tschechischen Nationalstaates ermöglichen. Dieser Sinn des Krieges wurde durch den Friedensvertrag reichlich verflüchtigt, aber trotz des großen Lärms, den die ungarische Politik zu schlagen versteht, ist das am magyarischen Volke begangene Unrecht ein viel kleineres, als dasjenige, was die Magyaren Jahrhunderte durch an die in ihrem Lande wohnenden Fremdvölker begangen haben. Nachdem es in dem Donaubereich keine zusammenhängende und feststehende Siedlungsgebiete der einzelnen Völker gibt, wird die Durchföhrung des Nationalitätenprinzips immer zu dem Schaden irgendeines Volkes führen. An dem früheren Zustande waren 10 Millionen in den magyarischen Staat eingezwängte Rumänen, Slowaken, Deutsche, Jugoslawen die Leidtragenden; nun hat sich das Blatt gewendet, und es kommen bei zweieinhalb Millionen Magyaren in die neu entstandenen Nationalstaaten. Die Ungerechtigkeit hat nicht aufgehört, sie hat nur ihren Sitz gewechselt und ist trotz allem Geschiefe kleiner geworden. Es war ein großer Fehler, daß die Gebietsverteilung nicht nach einer Volksabstimmung gemacht wurde; ihr territoriales Ergebnis würde nicht viel anders ausgefallen sein, als die jetzt durch einen Machtbruch geschaffenen und darum leichter ansehbaren Grenzen.

Ungarn wird durch diesen Friedensvertrag zu einem Nationalstaat der Magyaren; die Hut und die Empörung, mit welcher Ungarn dagegen protestiert, ist mit ein Beweis dafür, daß der ungarische Nationalgedanke nicht so sehr in der Größe und Freiheit der eigenen Nation, als in ihrer Herrschaft über andere Völker bestand. Sozial und wirtschaftlich wird das von dem Vertrage von Neuilly geschaffene Kleinungarn noch viel mehr als es schon bisher der Fall war, zu einem Karastaat werden. Von seinem Eisenverbrauch von 22 000 Kilometern bleiben ihm 8000 Kilometer, 50 Prozent seiner Kohlenenerzeugung, 70 Prozent seiner Roheisenproduktion, 86 Prozent seiner Forsten und mit ihm keine Holz-, Möbel- und Papierindustrie geraten in den Besitz der fremden Staaten. Nachdem seine zwar gewaltig magyarisieren, aber immerhin jetzt schon zum größten Teil magyarischen Städte Brestburg, Arad, Temeswar, Großwardein, Raichau, Klausenburg, Debentzen, abgetrennt werden, wird es zu einem Lande, in welcher eine parasitäre Millionenstadt, Budapest, von einem Hinterlande von Tausenden von Dörfern umgeben wird. Dieser Friede ist der Tod der städtischen Kultur für lange Zeit in Ungarn, und der weiße Terror hat unter andern die soziale Funktion, die Träger dieser städtischen Kultur physisch auszurotten. Es sind die grausamen Methoden, die bei der Bildung des Sozialismus bei der ursprünglichen Akkumulation zur Geltung kamen, die heute in Ungarn die Ausbildung eines schon fast vollständig ansehnlichen Staates in eine Karostaat zu verwandeln sollen.

Ungarn sieht sich natürlich nicht in dieses Los. Aber während die anderen besiegten Staaten den Ungerechtigkeiten der Friedensverträge dadurch zu entkommen hoffen, daß die wachsende Einsicht und hauptsächlich die wachsende Kraft des Sozialismus und der Demokratie in der Welt dieses Werk einer Revision unterziehen wird, stellt Ungarn seine ganze Sache auf den Sieg der Konterrevolution, die die Republik in Deutschösterreich, in der Tschechoslowakei und auch in Dordmund stürzen und dann die Herrschaft der Hohenzollern und Habsburger wieder aufrichten soll. Darum bot es sich England an, an dem Kriege gegen Sowjetrußland mit Polen teilzunehmen, darum preßt es die letzten wirtschaftlichen Kräfte des ausgebluteten Landes in die Armee und gibt kein letztes her für Rüstungen, und aus diesem Grunde wird es erfahren müssen, daß es, nachdem es seine Sache auf die internationale Konterrevolution gestellt, es auf nichts gestellt hat.

Politischer Wirtwart in Ungarn.

Budapest, 10. Juni.

Die gestrige Sitzung der Nationalversammlung verlief ziemlich ruhig. Nur einzelne Offiziere, die sich auf der Tribüne befanden, verfauchten, den Verlauf der Sitzung zu stören. In politischen Kreisen ist man überzeugt, daß der Rücktritt der Regierung noch im Laufe des heutigen Tages erfolgen wird. Es ist aber sehr fraglich, ob dem Grafen Apponyi, der mit der Bildung eines Ministeriums betraut werden soll, gelingen wird, tatsächlich eine Regierung zustande zu bringen. Er hofft auf einen Beitritt der Sozialdemokratie und wird deshalb mit den extrem reaktionären Elementen einen ersten Kampf aufzufechten haben.

Die politischen Verhältnisse in Ungarn gestalten sich immer grotesker. In demselben Land, in dem eben noch unter obrigkeitlicher Genehmigung und Unterstützung die Sozialisten als Freiwillige gelten und dem Blutvergießen der „Erwachenden Ungarn“ ausgeliefert sind, denkt man im Ernst daran, Sozialdemokraten in die Regierung aufzunehmen. Dabei ist den Sozialisten durch die wahnsinnige Verfolgung der Fortschubler eine Beteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung völlig unmöglich gemacht worden. Die Absicht Apponyis offenbart nur den völligen politischen Zusammenbruch des Fortschublersystems, das Ungarn trotz aller von Christlichkeit tiefender Manifeste, gänzlich in den Sumpf gerissen hat.

Eine Konferenz der 3. Internationale.

Nach Berichten unserer Schweizer Parteipresse hat kürzlich in Mailand eine Konferenz der der III. Internationale angehörenden Parteien stattgefunden, auf der folgende Länder vertreten waren: Rußland, Bulgarien, Ungarn, Frankreich, Italien und die Schweiz. Es wurde beschlossen, möglichst rasch eine Vollkonferenz aller auf dem Boden der III. Internationale stehenden Parteien nach Italien einzuberufen, die ein Plenarbüro der III. Internationale, zusammengesetzt aus Vertretern aller angeschlossenen Parteien in Europa, zu wählen hat. Ferner sollen die Vertretungen der großen, der III. Internationale angeschlossenen Parteien durch ständige Vertreter der Bruderparteien anderer Länder ergänzt werden, um so ein besserer, reibungsloser internationaler Zusammenarbeiten zu gewährleisten. Eine einstimmig angenommene Rundgebung hat folgenden Wortlaut:

„Die Vereinnahmung der verschiedenen Parteien der III. Internationale, nachdem sie Kenntnis genommen hat von der Situation in politischer und wirtschaftlicher Beziehung, bekräftigt und bekräftigt die Prinzipien und Grundlagen sowie die Taktik der III. Internationale. Sie fordert mit allem Nachdruck die für angeschlossenen Parteien auf, mit mehr Energie und Grundsätzlichkeit als es bisher der Fall war, die tiefgehenden Unterschiede zu betonen, welche zwischen den Parteien, die noch auf dem Boden der zweiten Internationale stehen, bzw. der dritten noch nicht ausgeschlossen sind. Der Kampf mit Opportunismus und Reformismus muß ein vollständiger sein. Die Vereinnahmung erfordert es als notwendig, die Parteien der III. Internationale einzuladen, seinen Augenblick die Propaganda und Wirkmittel für die Anerkennung und den Frieden und Sowjetrußland zu unterlassen. Die aggressive Politik der Entente ist noch nicht beendet, im Gegenteil — sie verfolgt weiter ihr Doppelspiel. Während sie die Beziehungen mit Sowjetrußland anbahnt, leiht sie Hilfe den reaktionären Kräften eines Dominions, Polens, Japans. Die Aufnahme der Handelsbeziehungen ist für Rußland mit großen Gefahren, sofern die Gewerkschaften und Genossenschaften der organisierten Arbeiter dem russischen Proletariat nicht zu Hilfe eilen, verbunden. In dem das Bedürfnis, alles zu tun für die Schaffung des Kommunismus, wiederholt wird, sendet die Konferenz brüderliche Grüße dem tapferen Proletariat Rußlands, Deutschlands und Ungarns.“

Ein sonderbarer Beschluß der englischen Eisenbahner.

Die Exekutive des englischen Eisenbahnerverbandes, die vor einigen Tagen zusammentrat, hat einen sonderbaren Beschluß gefaßt. Die gleiche Körperschaft hat am 26. Mai ihren Mitgliedern brieflich mitgeteilt, daß jede Verladung von Munition nach Polen zu unterbleiben habe. In allen Teilen der National Union of Railwaymen rief dieser Beschluß große Begeisterung hervor und es wurde strikte Befolge. Der Direktor der Eisenbahngesellschaft schrieb jedoch an den Eisenbahnerverband, daß die Eisenbahner entlassen würden, wenn sie fortfahren, Aufträge nicht auszuführen und so die Gesellschaften hinderten, sich ihrer gesetzlichen Verpflichtungen zu erwidern. Daraufhin erhielten die Mitglieder des Verbandes ein neues Schreiben, des Inhalts, daß die Instruktionen, nach denen die Männer gehandelt hätten, jetzt zurückgezogen worden seien.

Das heißt mit andern Worten, daß die Arbeiter wieder helfen dürfen, Polen gegen Rußland mit Munition zu versorgen, und es muß sich nun zeigen, ob die Arbeiter nicht aus sich heraus bei ihrer Weigerung verharren werden. Rehnlich steht es mit Irland. Der Vorsitzende des Eisenbahnerverbandes J. S. Thomas hat die streikenden irischen Eisenbahner aufgefordert, die Arbeit wieder aufzunehmen, bis die irischen Ortsgruppen des Eisenbahnerverbandes die Lage klären und die britischen und irischen Landes Unions einen gemeinsamen Kongress abhalten können.

Es scheint, als wolle England seine Flandspolitik einer gewissen Änderung unterziehen, aber um so verfehlter dünkt und der Beschluß der Transportarbeitergewerkschaft. Nachgiebigkeit ist bei der englischen Regierung nicht angebracht, und wir glauben auch nicht, daß die Arbeiterklasse selbst den Beschluß gutheißen wird. Jedenfalls sind die Iren aufs äußerste verstimmt. Ihr Vertrauen zu den englischen Arbeitern hat einen gewaltigen Stoß erlitten. Sie sehen sich isoliert und hatten doch gehofft und erwartet können, daß das englische Proletariat ihren Kampf gegen feindigen machen würde.

Der Streit um die Alands-Inseln.

T. U. Helsinki, 10. Juni.

Die finnische Regierung antwortete auf die schwedische Anfrage über den Anlaß zu der Verhaftung der beiden Männer Sundblom und Ojerman, sie betrachtet diese Verhaftung als eine finnische Angelegenheit. Diese Personen, die auch noch nach Erlaß des Selbstverwaltungsgesetzes Aland als Inselgruppe mit Hilfe fremder Staaten von Finnland losreißen wollten, hätten sich gegen die finnische Gesetzgebung vergangen. Dagegen müsse die finnische Regierung einschreiten.

Dazu wird aus Stockholm gemeldet, daß nach Empfang der Antwort der finnischen Regierung auf die Anfrage nach der Ursache der Verhaftung der beiden Männer die schwedische Regierung mit einer neuen Note antwortete, in der sie darauf aufmerksam macht, daß die Verhaftung der beiden Männer bei dem ganzen schwedischen Volk eine Stimmung erzeugen müsse, die die unglücklichsten Folgen für die Beziehungen der beiden Länder haben könne. Wenn Finnland die guten Beziehungen zu Schweden aufrechterhalten wolle, müsse die finnische Regierung in Betracht ziehen, daß das ganze schwedische Volk die Verhaftung als Verletzung eines unbestreitbaren Gesetzes ansehe.

Rücktritt der polnischen Regierung.

Warschau, 9. Juni.

Die Regierung hat ihr Rücktrittsgesuch eingereicht. Der Staatschef hat ihn angenommen und die Regierung gebeten, die Geschäfte vorläufig weiterzuführen.

Polnischer Kriegsbericht.

Im polnischen Kriegsbericht vom 9. heißt es: Im Norden schreitet unsere Gegenoffensive trotz festgestellter Gegenziehung neuer bolschewistischer Kräfte und trotz erbitterten Widerstandes fort. Unsere Abteilungen erleideten noch blutigen Kämpfen die Linie des Russes Sora. Bei Sorkwal wurden feindliche Durchbruchversuche zurückgewiesen. An der Wolina kämpften unsere Truppen heldenhaft ausdauernd gegen überlegem feindliche Kräfte, die um jeden Preis versuchten, unsere Front zu durchbrechen.

Frankreich und der Orient.

Privattelegramm der „Freiheit“.

Paris, 10. Juni.

Der Ministerpräsident Millerand hat heute dem Ausschuh für auswärtige Angelegenheiten Erklärungen über die orientalischen Angelegenheiten abgegeben. Frankreich soll ein Mandat für Syrien erhalten. Cilizien wird in seine wirtschaftliche Einflußsphäre einbezogen werden. Millerand fügt hinzu, daß Clemenceau seinerzeit den Engländern Zugeständnisse in der Angelegenheit von Mosul gemacht habe, um eine günstigere Regelung in der Frage der Petroleumfelder und eine befriedigende Gestaltung der cilizischen Angelegenheiten zu erhalten.

Rußland und die türkischen Nationalisten.

Osang, 10. Juni.

„Nieuwe Courant“ meldet aus Moskau: Tschitscheria hat an Mustafa Kemal Pascha eine Note gesandt, in der es u. a. heißt: Die Sowjetregierung hat mit Genugtuung Kenntnis von den Grundsatzen genommen, die die auswärtige Politik der neuen türkischen Regierung in Angora leiten. Diese Grundsatze enthalten die Erklärung der Unabhängigkeit der Türkei, die Einberufung unerschütterlich türkischen Gebietes in den türkischen Staat, die Erklärung Arabiens und Syriens zu unabhängigen Staaten, ferner den Entschluß, Türkisch-Arabien, Kurdistan, dem Gebiet von Bakum, Ost-Armenien und allen anderen Gebieten mit türkisch-arabischer Bevölkerung das Selbstbestimmungsrecht zu geben; die Anerkennung der nationalen Minderheiten im neuen türkischen Staat, die Entscheidung des Schicksals der Meerengen durch eine Konferenz der Uferstaaten des Schwarzen Meeres und namentlich die Beseitigung der Kapitulationen und der wirtschaftlichen Kontrolle durch fremde Staaten, sowie der ausländischen Einflußsphäre. Die Sowjetregierung hofft, daß es möglich sein wird, zwischen der Türkei einerseits und Armenien und Persien andererseits genaue Grenzen festzusetzen, die das Recht der Völker, über ihr eigenes Schicksal zu entscheiden, gewährleisten. Die Sowjetregierung ist jederzeit bereit, auf Verlangen als Vermittler aufzutreten. Zum Schluß wird vorgeschlagen, sofortige diplomatische Beziehungen herzustellen.

Die Zustimmung in Dn. und Westpreußen findet nicht, was hinsichtlich in unserer Nr. 216 mitgeteilt, am 11. Juni, sondern am 11. Juli statt.

Soeben ist erschienen:

Die Stadtgemeinde Berlin

Mit Einleitung und Erläuterungen

von Karl Leid

64 Seiten

Preis 5.— Mk.

Unentbehrlich für jeden in der kommunalen Bewegung Groß-Berlins Tätigen

Bei Bezug durch die Organisationen oder Gemeindevertreter - Fraktionen, Rabatt

Sofortige Bestellungen erbittet

Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, e. G. m. b. H., Abteilung Buchhandlung, Berlin C 2, Bismarckstr. 10

Die Demonstration der Magistratshilfskräfte.

In einer machtvollen Demonstration haben gestern die Hilfskräfte des Magistrats gegen die beabsichtigten Entlassungen und gegen die Verschlechterungen ihres Tarifs protestiert. Im Lustgarten sprachen von vier Stellen aus vor Zehntausenden die Redner der Angestellten-Organisationen. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

Unter den Zehntausenden der in der Groß-Berliner Gemeindeverwaltung beschäftigten Hilfskräften hat die Absicht der Berliner Stadtverwaltung, den am 8. Mai 1920 unter Mitwirkung von Sachverständigen ergangenen Schiedsspruch abzulehnen, große Erbitterung und Empörung ausgelöst.

Die neue Vorlage ist eine entschieden Verschlechterung. Wir fordern, daß die Erklärung des Vorstehenden der Großen Deputation vom 28. Mai zu Recht besteht, daß das Mitbestimmungsrecht in der Form, wie es am 28. Mai 1919 festgelegt wurde, unerschüttert bleibt.

Die in der Magistratsvorlage festgesetzten Löhne entsprechen nicht in geringstem den Anforderungen der Notwendigkeit. Eine Familie von 4 Köpfen kann unmöglich von 140 M. leben, von denen dann noch Steuern, Krankenkasse, Reichsversicherungsbeiträge usw. abgezogen werden. — Wir fordern, daß und mindestens die im Schiedsspruch vom 8. Mai 1920 festgesetzten Gehaltsätze bewilligt werden.

Wir ersuchen dringend, daß die Magistratsvorlage in ihrer Gesamtheit abgelehnt wird, daß die Stadtratsordnungsversammlung beschließen möge, sofort eine nochmalige Beratung unter Einziehung der Organisationsvertreter vorzunehmen, des Weiteren, daß die Anwesenheit schnellstens und spätestens in der nächsten Stadtratsordnungsversammlung erledigt wird.

Wir weisen darauf hin, daß wir, wenn man unseren Wünschen nicht Rechnung trägt, die Verantwortung für eventuelle neue Konflikte einschließen ablehnen müssen.

Nach den Ansprüchen sollen die Demonstranten in einem nächsten Sinne, in dem diese Tafeln getragen wurden, auf denen von der Not der Hilfskräfte zu lesen war, zum Rathaus eine Deputation von 8 Mitgliedern wurde zu den eben genannten Stadtvätern entsandt, um die Wünsche der Hilfskräfte den Fraktionen zur Kenntnis zu bringen.

Unterdessen brachten die Demonstranten Riederrufe auf den Stadtrat Dr. Seefeld, den Magistrat und die bürgerliche Presse aus. Nach halbständigem Verweilen der Kommission im Rathaus haben zwei Redner vom Balkon des Gebäudes einen kurzen Bericht über den Stand der Verhandlungen, wonach die U.S.V.-Fraktion die Forderungen der Hilfskräfte annehmend, während die S.P.D.-Fraktion auf nochmaliges Drängen der Abordnung sich zur Beratung zurückgezogen hätte. Mit den bürgerlichen Fraktionen zu verhandeln, lehnte die Kommission ab. Gegen 47 Uhr abends veränderte ein Redner, daß die S.P.D.-Fraktion die Forderungen nochmals einem Ausschuss unterbreiten wolle, worauf sich die Kommission jedoch nicht einlassen konnte. Darauf gab die S.P.D.-Fraktion die Erklärung ab, daß sie, falls der Verlangungsantrag von der Stadtratsordnungsversammlung abgelehnt werden sollte, die Forderungen der Magistrats-Hilfskräfte annehmen würde.

Die Demonstranten warteten hierauf den Schluß der Stadtratsordnungsversammlung ab.

Bei dieser Gelegenheit sei einem Mißverständnis begegnet, das unsere Rottiz „Der Arbeiter in der sozialistischen Gemeinde“ in Nr. 127 hervorgerufen hat. Der darin erwähnte Tarif ist nicht für die Hilfskräfte, sondern für die Arbeiter der Gemeinde Berlin abgeschlossen worden. Für die Hilfskräfte ist nur die eine Bestimmung über den Urlaub gültig, bei der dies ausdrücklich erwähnt ist.

Aus dem Stadtparlament.

In der gestrigen Sitzung ergrieff der Oberbürgermeister Wermuth vor Eintritt in die Tagesordnung das Wort, um den schon seit langer Zeit in Aussicht gestellten Überblick über die

Lebensmittelwirtschaft

zu geben. Er tat es, um den Gerüchten die Spitze abzubringen, als ob der Magistrat ein Interesse daran habe, aus Rücksicht auf die bevorstehenden Wahlen mit den Ergebnissen zurückzuhalten. Es sind insgesamt für vier Milliarden Mark Lebensmittel bis zum Juli 1919 umgesetzt worden. Der Gesamtverlust beträgt 12 Millio-

nen Mark, was 0,3 Prozent des Umsatzes; sicherlich ein sehr günstiges Ergebnis.

Parier Koch (Dnat. Op.) hielt sich für befugt, in schlimmster Wahl-demagogie die Angaben des Magistrats anzuzweifeln. Er munkelte aberhand über größte Verluste seit Juli 1919 und erdab insbesondere gegen die Magistrats-Hilfskräfte den Vorwurf, ihre Pflicht nicht getan zu haben. Seine Partei braucht offenbar Agitationsstoff für die Kommunalwahlen und nun war er wütend, daß ihm durch die Darlegungen des Oberbürgermeisters ein fetter Poppen aus den Fäbren gerissen worden ist. Die schmutzige Kampfmethode dieser Leute wird dafür neue faulstidige Wähligen hervorbringen.

Der Demokrat Cassel trat dem „christlichen“ Demagogen scharf entgegen.

Genosse Dink legte die Schwierigkeiten der Lebensmittelbeschaffung infolge der großräumigen Lieferstills dar. Parier Koch wurde, nachdem er in einer zweiten Wortmeldung seine bodenlose Unkenntnis der Lebensmittelwirtschaft bezüglich demunstriert hatte, unter schallender Heiterkeit vom Oberbürgermeister Wermuth der verdienten Lächerlichkeit preisgegeben.

Ein deutschnationaler Dringlichkeitsantrag, der einen Vorstoß gegen die verdächtigten Betriebsräte bedeutet, kam nicht zur Verhandlung, da die Dringlichkeit nicht anerkannt wurde.

Darauf wurde über den Schiedsspruch über den

Manteltarif für Hilfskräfte

verhandelt. Letztere hatten in gewaltigem Aufmarsch für Verbesserung ihrer Lage demonstriert. Unsere Fraktion hatte beantragt, die durch Schiedsspruch vom 8. Mai zugebilligten höheren Bezüge zu bewilligen, den weiblichen Hilfskräften mindestens 90 Prozent der Bezüge männlicher Angestellter zuzugestehen und allen Angestellten das volle Mitbestimmungsrecht zu gewähren. Die Redner der christlichen Fraktion und der Demokraten wandten sich gegen unseren Antrag. Unser Redner, Genosse Hender sprach sein Bedauern darüber aus, daß in einem Parlament, worin eine so große Anzahl Arbeitervertreter sitzen, die Arbeiter und Angestellten so schwer um ausreichende Bezahlung kämpfen müssen. Er wies die Vorwürfe zurück, wir hätten im Ausschuss keine Verbesserungsvorschläge gestellt, sondern dem verschleierten Schiedsspruch zugestimmt und kennzeichnete die Verschleppungstaktik der Rechtssozialisten. Ausgerechnet der Rechtssozialist Pattloch mußte uns — in begerlicher Verkörperung über die treffende Kennzeichnung — nachsagen, wir trieben niedrige Wahl-demagogie. Genosse Weiss legte die Gründe dar, aus welchen unsere Fraktion die Erhöhung der Bezüge gefordert hat. Verächtlicher Genosse Kraak wies an Hand des Ausschussprotokolls nach, daß im Ausschuss ein Verbesserungsantrag gestellt, von der Mehrheit aber abgelehnt worden ist.

In der Debatte spielte ein unter den demonstrierenden Magistrats-Hilfskräften verteilter Handzettel eine Rolle, worin über die Ausschussberatungen irriqe Unwahrheiten enthalten waren, und der zur Wohl der Liste unserer Partei aufforderte. Es wurde ausdrücklich festgestellt, daß unsere Organisation dem Zettel fernbleibt.

Die Abstimmung ergab die Ablehnung des rechtssozialistischen Vertragsantrags und die Annahme unserer Anträge durch unsere Fraktion und die Rechtssozialisten, was bei den Demokraten lautes Loben auslöste, auf der Tribüne aber mit lebhaftem Beifall begrüßt wurde.

Das fiel den Demokraten sehr auf die Nerven, daß sie den stellvertretenden Vorsteher scharf machen, mit allen zu Gebote stehenden Nachmitteln gegen die Tribüne vorzugehen. Genosse Rosenfeld wandte sich energisch gegen diesen Aufbruch der Polizei und stellte dem die Unbilligkeit der bürgerlichen Herren gegenüber, wenn ihre Deute auf der Tribüne lebhaft werden.

Zur Erhöhung der Straßenbahntarife gab Genosse Weise die Erklärung ab, wir mühen uns gegen den Vorlage zu stimmen, weil sie vom Jugendverband beschlossen sei, verlangte jedoch auch die Berücksichtigung der Straßenbahnforderungen. Stadtrat Voehning behauptete, im Jugendverband hätten unsere Vertreter für die Tarifierhöhung gestimmt; er mußte sich aber vom Genossen Wehl nachweisen lassen, daß dies nicht zutrifft.

Die Unterhaltungsätze für Almosenempfänger sollten ein wenig erhöht werden. Genossin Wulff verlangte eine ausreichende Bemessung der Beiträge. Auch die Red-

nerin der Rechtssozialisten stellte einen dahingehenden Antrag. Den gemeinsamen Anträgen unserer und der rechtssozialistischen Fraktion wurde auch von den Demokraten zugestimmt.

Gegen die kommunalen Betriebsräte.

Den Deutschnationalen in der Berliner Stadtverordnetenversammlung haben es die kommunalen Betriebsräte angefallen. Sie können es nicht erwinden, daß in der städtischen Verwaltung auch die Arbeiter und Angestellten ein Mitbestimmungsrecht haben und daß die bürgerlichen Parteien nicht allein bestimmen. Sie wenden deshalb alle Mittel an, um die Betriebsräte zu diskreditieren.

In Form einer dringenden Anfrage verlangen sie Auskunft darüber, wieviel von den 187 Betriebsräten dauernd vom Dienst befreit sind und für wieviele Mitglieder dauernd Vertretungsstellen bezahlt werden. Sie wollen feiner wissen, wieviel Personen im Dienste dieser Betriebsräte auf städtische Kosten tätig sind, welche Bureaus unterhalten werden und mit welchen Kosten. Die gleiche Auskunft verlangen die Herrschaften über die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Betriebsräte und über den Zentralen Ausschuss der Hilfskräfte.

Sie wollen ferner wissen, wieviel Personen vom Magistrat im Arbeiterrot der Arbeitslosen dauernd befoldet werden. Dann fragen sie recht hämisch: „Wieviel Tagegeldern zahlt der Magistrat diesen Arbeitslosen? Wie hoch ist die Arbeitslosenunterstützung, die diese Arbeiterrot außer den Tagegeldern beziehen? Welche Schritte hat der Magistrat getan, um diesen Arbeitslosen Arbeit zu verschaffen? Bestimmt es sich, daß noch immer zwei arbeitslose Stadtratsordneter sowohl Arbeitslosenunterstützung als auch Tagegeld vom Magistrat beziehen? Wie hoch ist die für den Arbeiterrot der Arbeitslosen bisher vom Magistrat aufgewandte Summe?“

Wie hoch ist der Gesamtbetrag für vorstehend aufgeführte Einrichtungen bisher gewesen und aus welchem Kapitel des Haushaltsplanes werden die Kosten gedeckt?

Die neugierigen Frager wissen ganz genau, daß bestimmte Verhandlungen von der Stadtverordnetenversammlung bewilligt worden sind, aber sie wollen die Sache öffentlich erörtern, um Wählern im Sinne des Bürgerbunds helfen zu können. Das haben sie angehts der Wahlen in Groß-Berlin sehr notwendig. Die Arbeiterschaft ersieht daraus, wie feindselig die bürgerlichen Parteien den Arbeitern gegenüber stehen und sie lassen alle bei den bevorstehenden Stadtratsordnungsarbeiten den Anfrager die Antwort geben, die sie verdienen durch die Wahl der Kandidaten der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei.

Gewerkschaftliches.

Arbeiter! Arbeiterinnen!

An euch wenden sich die organisierten Hausangestellten als da sind: Klein-, Klein- und Hausmädchen, Köchinnen, Jungfern, Kinderfrauen, Kinderfrauen, Kammerpfliegerinnen, Wirtschafterinnen und Diener um eure Unterstützung. Helft und — denn wir sind die Gruppe, die noch

keine gesetzlich festgelegte Arbeitszeit hat.

Noch heute wird 13, 14—16, ja 18 Stunden gearbeitet.

Was in Bayern vom zweiten Monat der Revolution an möglich war, muß auch im übrigen Deutschland durchgeführt werden. Das heißt

der Sechsstunden-Tag.

Sagt es den in Frage kommenden Hausangestellten, daß am Sonntag nach der Reichstagswahl

am 13. Juni, nachmittags 5 Uhr,

im Berliner Lustgarten, auch bei Regenwetter, eine öffentliche Preisversammlung stattfindet mit der Tagesordnung: Forderung einer gesetzlich begrenzten Arbeitszeit für Hausangestellte. Es muß den maßgebenden Kreisen zum Bewußtsein kommen, daß die Hausangestellten nicht länger Stiefkinder des Reiches sein wollen. Auf zur Tat! Wir rechnen auf eure schon so oft bewiesene Solidarität. Seid unsern Dankes gewiß!

Zentralverband der Hausangestellten Deutschlands, Ortsgruppe Berlin, Engelauer 13, partieret.

70 Der Sternsteinhof.

Roman von Ludwig Anzengruber.

Von da ab fand sich Seyberl an dem Allerheiligentage Feden Jahres in der Kirche ein und kniete an einem Seitentische inmitten der Kinder, die dort mehr zum gefelligen Ansehen, als aus inbrünstiger Andacht den armen Seelen Bachschällein brannten; sie opferte ein Kerzchen für die Seele der Mutter und betete für dessen Seelenheil, bis das Docht erlosch in das goldmolene Fett sank und knisternd erlosch. Er schenkte Grabe zu beten, das ihm seinem Weib zu, sie wollte sich dort nicht blicken lassen, nicht um ihrer selbst willen, was ihn an ihr? Aber es hätte — wie die Duetten nicht denken — dem Toten eine süße Radrede ertönen können, und die hat doch wahrlich er nicht verdient.

Die Sternsteinhofbäuerin hatte mit gefalteten Händen am Fenster gestanden, als der Leichenzug unten auf der Straße langsam sich fortbewegte.

Der Tod des Klebbinders bestürzte sie, es fiel ihr auf das Gewissen, daß die Entstellungen, die sie ihm machte, vollständig gesprochen, der Nagel zu seinem Sarge gewesen; aber sie konnte dies nicht voraussehen, ebensowenig, als sie vorausah, wie sie es ergreifen würde, denn seit jener Fahrt in den Ort lag es ihr wie Blei in den Gliedern, und sie hatte seinen Fuß mehr außer die Stube zu setzen vermocht.

Nun war der einzige tot, von dem sie sich eine wahrhafte Abhilfe versprochen durfte, dessen selbstleakene Sache die ihre war, der den Willen hoben mußte, dem Unfuge zu steuern, und auch das Recht und die Macht dazu besaß. Die eine Hälfte des armen Wunders war den andern beiden in Erfüllung gegangen, und wie eine banne Abnung befahl sie der Gedanke, wie bald vielleicht auch sie an die Reihe käme, gleichen Weges zu gehen!

Tiefes Pochen vor dem Sterben, das sie zeitweilig durchschauerte, trat aber zurück gegen die unmittelbare aufdringende Furcht vor dem, was sie nun wohl zu erleben haben würde.

Dieser Furcht gaben uns allzu bald die Ereignisse recht. Da die Bäuerin, nachdem sie dem Herrgottlmoader die Augen geöffnet, mit jener Heimholung Tonis alles abgetan alaubte, so war bisher des Geschehenen halber kein Vorwurf über ihre Lippen gekommen, und der Bauer nahm keinen Anlaß, weiter etwas abzuleugnen noch zu beschönigen; beide schweigend beharrlich und lebten, sich gegenseitig entfremdet fühlend, nebeneinander fort. Als aber kaum eine Woche nach der Beerdigung Klebbinders der junge Sternsteinhofer für dessen Witwe eine warme Teilnahme bekundete und verlangte ließ, er habe vor, ein gutes Werk zu tun und Helene samt dem Kinde herauf auf den Hof zu nehmen, da fuhr die kranke Bäuerin, fast wild, empor. „Was? Die? Die? Die? Du wollst's du daherziehen? Hast du schon soweit kein Ehr mehr im Leib, daß d' auch nimmer kein' Schand' fürst'st? Aber, Gott sei Dank, da hab' doch wohl ich noch ein Wort d'reinreden! Niemand, sag' ich dir, kommt die mir ins Haus!“

„Nehrnimm dich nit so bei deiner Schwächen!“ sagte mit verletzender Gleichmütigkeit der Bauer.

Das arme Weib lachte schrill auf und sagte, ihm mit einem ästigen Blick messend: „Sofast leich' um mich, du —? Und als was, wenn mer fragen darf, als was nimmst denn die Krebhor h'raus? Au was und wem soll sie dienen?“

„Gleich erfahrt'st!“ erwiderte ruhig der Bauer. „Die alte Katbel kann mit'm Hauswesen und 'm Krankenwarten 'nleich nit auskommen; die Klebbindern aber is die beste Wärterin, die ich mir 'finden wußt', die soll dich pflegen.“

„Die? Mich? Die?“ schrie die Bäuerin außer sich, dann verstummte sie und sah den Mann mit großen, angstvollen Augen an, sie rang die Hände ineinander und stammelte: „Das, das könnt'st du mir wirklich antun?“

„Sei nit dumm!“ sagte er roh. „Ich will's, und so a'chieb'st! Dich mit ihr zu vertragen, das steht dir zu, denn du holt'st a' Unrecht gegen die arme Seel' gut a'machen, dein unghörig's Einbilben —“

„Einbilben?“ kreischte die Bäuerin, die geballten Fäuste gegen ihn emporredend. „Dein'n' du! Dein'neft zu dein' ainen Reden!“

Er zog den Mund breit und zwakte mit den Schultern. „Eigen' Reden! Freilich, gar ein eigen Reden, was ein in Sätzl angibt! Bann d' drauf was gibst, verruck't's Weib'stand, so müßt'st ja auch am Morgen 'n Mond in meiner Taschen suchen, wann ich im Traum' austrau', ich hätt'a ein'stredt!“

„Ob d' hilt hintnach Unsinn oder Gschickheit red'st, was ich g'hört hab', das hab' ich g'hört, und aus dem, was du dir planst, wird nit!“

„Das werd'n wir ja seh'n,“ sagte der Bauer. Er ging, die Tür hinter sich zuschlagend.

Und nun ereignete es sich öfter, daß er oben aus der Stube stürzte, die Treppe herabgepoltert kam, was vom Gefinde in der Nähe sich anhört, unnütze Gortzer Kolt und an die Arbeit geben ließ, und wenn er dann nach dem Krankengemache zurückgekehrt war und die Tür geschlossen hatte, so spielte sich hinter derselben eine jener Szenen voll quälender Bitterkeit und rücksichtsloser Gehässigkeit ab, welche unter sich ferne Stiehenden unmöglich sind und womit sich nur Menschen, die das Leben einander ganz nahe gebracht, letzteres erleiden und vergiften können, und wo es — für einen Teil wenigstens — besser gewesen, beide wären sich all' ihre Tage fremd geblieben.

Keines Menschen Seele verkehrt ganz ohne Hilfe, ohne Schutzhede mit der Welt, und es ist wohl aut so, denn wie mafeellose Schönheit des Körpers, ist auch die seelische auf Erden selten; dem Umgange mit der nackten Seele eines andern sich auszusuchen, ihn zu ertragen, wagt und vermag nur die Liebe und die Freundschaft, und wo diese fehlen, wirkt die seelische Nacktheit wie rohe, körperliche Entblößung, abstoßend, schamlos, entwürdigend und verderblich.

Es bedurfte keiner langen Zeit, so trieb die Aufregung über den fortwährenden Haber die Kranke von dem Sorgenstuhle in das Bett. Ihr Widerstand war gebrochen und wurde immer schwächer. Welchem Anfinnen fing sich der Mensch nicht, wenn es gilt, sich die Ruhe des Bettebens zu sichern, auf dem er zu stehen gedankt, und für seine letzten Tage ein blickes Nachsicht und Teilnahme zu erlangen!

Verhandlungen im Friseurgewerbe

Die Verhandlungen im Friseurgewerbe, die auf Antrag der Gewerkschaftskommission und Vermittlung des Berliner Polizeipräsidenten am Mittwoch stattfanden, brachten keine weiteren Vorteile für die Streikenden. Nach der gemeinsamen Aussprache unter Vorsitz des Gewerkschaftssekretärs Link waren sich die an der Verhandlung beteiligten einig, im Tarifverhältnis fernerehin zu verbleiben. Die Arbeitgeber erklärten trotz nachhaltiger Vorstellungen der Gehilfendirektoren in weitere Verhandlungen erst einzutreten, wenn die Streikenden sich bereit erklären, auf der Grundlage fortzufahren, wo am 6. Mai die Verhandlungen abgebrochen sind. Es liegt somit in der Hand der Berliner Friseur-Gewerkschaft, sich zu entscheiden, ob sie ein Tarifverhältnis haben will oder sich bei der Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Willkür der einzelnen Arbeitgeber aussetzen will.

Am Freitag, abends 1/8 Uhr, nahmen die Streikenden in einer außerordentlichen Streikerversammlung, die in den Dubaisälen, Neue Königstraße 25, stattfand, zu der weiteren Lage Stellung.

Streik beim Norddeutschen Zement-Verband.

Die Arbeiter beim Norddeutschen Zement-Verband Berlin SO, Wälschestr. 65, befinden sich im Streik. Am 29. März d. J. richtete der Deutsche Transportarbeiter-Verband bei der Firma einen Tarifentwurf ein. Mehrmaligem Erläutern, in Verhandlung zu treten, um einen neuen Tarif mit der Firma zu tätigen, ging diese mit allerhand unzutreffenden Einwendungen aus dem Wege. Als am Freitag voriger Woche die Arbeiter den Termin zur Verhandlung festgesetzt wissen wollten, zeigte auch dennoch die Firma nicht den Willen, in Verhandlungen einzutreten. Jetzt hat der genannte Arbeitgeber sechs beladene Fahrzeuge losbereitet liegen und versucht diese auf anderen Stellen zur Entladung zu bringen. Die übrige Arbeiterschaft wird aber jedenfalls wissen, wo sie ihren Kollegen, die dort als Fasen- und Lagerarbeiter tätig sind, gegenüber verpflichtet ist.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Die Bezirksverwaltung.

Achtung! Fleischergehilfen!

Die in den Betrieben gewählten Betriebsräte resp. Obleute werden dringend ersucht, umgehend ihre Legitimationskarten von den Bureaus abzuholen. Die Karte für die Sektion I (Brot- und Konfektfabriken, Fleischergehilfen) im Bureau Elisabethstr. 11 I; für die Sektion III (Darm-, Häute- und Fleischerhandwerk) im Bureau Bornsdorfer Str. 22 I, zur Abholung bereit.

Die Angestellten des Eisen-, Eisenwaren-, Stahl-, Röhren-, Werkzeug-, Werkzeugmaschinenhandels haben in einer Versammlung nachstehende Resolution gegen 8 Stimmen angenommen: Die am 7. Juni 1920 in Daberlands Festhallen versammelten Angestellten im Eisen- und Stahlhandel beschließen die durch Schiedsgericht des Reichsarbeitsministeriums festgelegte achteime Abkündigung über den hinterhältig abgeschlossenen Tarifvertrag des V. V. A. (Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband) vorzunehmen. Sie empfehlen den Angestellten die Ablehnung des Tarifvertrages gemäß Abschluß eines gerechten Tarifvertrages für die Angestellten dieser einträglichen Branche.

Betriebsraterversammlung der Ufa. Heute abend 7 Uhr findet in Daberlands Festhallen, Neue Friedrichstr. 25, die letzte der drei dieswöchentlichen Versammlungen der Betriebsräte der Ufa statt. An diesem Abend kommen zusammen die Angestellten, die tätig sind in den Betriebsvertretungen der staatlichen und kommunalen Behörden und Institute, des Verkehrs, des Bergbaues, der Hütten und Salzen, sowie der sozialen Versicherung.

Groß-Berlin.

Die Kündigungsbriefe der Hausbesitzer.

In den letzten Tagen verenden die Hausbesitzer an ihre Mieter vorgebrachte Schreiben, in denen sie im Hinblick auf eine angeblich bevorstehende Erhöhung des Höchstmietenzuschlages die Wohnungen zum 1. Oktober 1920 kündigen und von den Mietern schon jetzt die Verpflichtung zur Zahlung einer höheren Miete vom 1. Oktober 1920 ab verlangen.

Es ist allen Mietern dringend zu raten, diese Vordrucke nicht zu unterschreiben. Kündigungen sind nur dann rechtsgültig, wenn sie durch Urteil des Mietseiningungsamtes erfolgt sind. Die Kündigungsbriefe der Hausbesitzer haben deshalb keine rechtsverbindliche Wirkung. Falls etwa der Höchstzuschlag zur Miete, der jetzt 20 Proz. beträgt, später durch Gesetz erhöht werden sollte, kann diese Änderung keinesfalls Einfluß auf laufende Verträge haben. Mietzins, die für länger als bis zum 1. 10. d. J. vereinbart sind, werden selbstverständlich unberührt bleiben, wenn die zulässige Höchstgrenze für Mietzinsleistungen erreicht werden sollte.

Alle ungerichteten Rechtsforderungen und Unterschriften, welche die Hausbesitzer schon jetzt verlangen, raten wir rundweg abzuschlagen. Streitfälle unterliegen dem Schiedsgericht des Mietseiningungsamtes, das vom Vermieter anzurufen ist.

Die Kommunalisierung der Kinderhorte.

Der Verband Deutscher Kinderhorte beschäftigte sich in seiner 6. Mitgliederversammlung in Weimar — den Vorsitz führte Herr v. Cierke-Charlottenburg — besonders mit Fragen der

Kommunalisierung der Kinderfürsorge und der Eintragung der Elternbeiträge. Der Verband tritt für ein gemischtes System der Kinderfürsorge, bei dem die angebliebenen Nachteile einseitiger Kommunalisierung oder einseitiger privater Wohlfahrtsarbeit vermieden, die Vorteile beider Arbeitsformen vereinigt und so die lebendigen Kräfte für gemeinsame Arbeit wirksam gemacht würden. Die wirtschaftliche Notlage der beruflichen Schulpfleger und -pflegerinnen stelle einen Mißstand der Jugendwohlfahrt dar und sei durch Gewährung ausreichender Teuerungszulagen aus staatlichen und kommunalen Mitteln sofort zu beseitigen, falls die Privatvereine dazu nicht in der Lage seien.

Der oben angeführte Beschluß betr. Kommunalisierung ist von der Angst diktiert, daß in Gemeinden mit sozialistischen Mehrheiten, die bisher das Gebiet der Kinderhorte und -gärten bearbeitenden Vereine ausgeschaltet werden können. Daher das Eintreten für das gemischte System, das letzten Endes weiter nichts ist als die Aufrechterhaltung des Einflusses der mehr oder weniger reaktionär-religiösen Vereine, und die Aussicht, ihre Tätigkeit mit erheblich größeren öffentlichen Mitteln weiterzuführen als bisher. Davon kann natürlich keine Rede sein, und die Erfahrungen, die z. B. Neukölln bei der Übernahme derartiger Anstalten aus Privatband gemacht hat, beweisen, daß die Vereine überhaupt nicht mehr leistungsfähig sind. Damit kommen wir noch zu dem zweiten Punkt, der jämmerlichen Bezahlung der Angestellten in diesem Zweige der Wohlfahrtspflege, die nur dann eine Bessere werden kann, wenn eben die Stadt diese Anstalten übernimmt und damit die Angestellten mit den Beamten gleichstellt. Daß die Elternbeiträge beim Betrieb der städtischen Kindergärten und Kinderhorte hinzugezogen werden, ist selbstverständlich, und es wird Aufgabe unserer Genossen im kommenden Groß-Berlin sein, bei der notwendigen Kommunalisierung der Kindergärten und Kinderhorte ihre Mitarbeit zur Verfügung zu stellen, um aus diesen bisherigen Brutstätten der Frömmerei wirklich moderne Erziehungsstätten zu machen.

Die Ausschussung der Kinderhorte findet nicht statt.

Geimgekehrte Kleingefangene. Wie uns mitgeteilt wird, sind nach neueren Bestimmungen die Verpflegungsgebühren für den schwebenden Urlaub, der den Heimkehrern nach ihrer Ankunft hier zusteht, von 2,70 M. pro Tag auf 6 M., 6 M. usw., je nach der Originallage erhöht, und zwar rückwirkend ab 1. Januar 1920. Bereits seit Montag, den 7. d. M., wird diese Differenz von den Entlassungsstellen 1-6 beim Versorgungsamt Groß-Berlin, Berlin-Schöneberg, General-Pape-Str. 10, den Heimkehrern auf ihren Antrag hin ausbezahlt. Vorgulegen sind: Entlassungschein, Paß, Polizeiliche Anmeldung. Da fast 90 Prozent der Heimkehrer nach den alten Satz ausbezahlt erhielten, empfiehlt es sich, die Kameraden darauf aufmerksam zu machen, rechtzeitig ihren Antrag zu stellen.

Ein Akt der Solidarität! Eine vorgenommene Sammlung der im Hotel Esplanade beschäftigten Maschinenisten, Heizer und Handwerker zur Unterstützung der politischen Gefangenen, Witwen und Waisen des Ruhrgebietes, ergab die stattliche Summe von 1085 M., welche dem Unterstützungskomitee der Berliner Arbeiterschaft, a. Hd. des Genossen Wolf Baer, Rantaustr. 72, zur Weiterleitung überwiesen wurde.

Adressen. Erwerbslose. Am Sonnabend, den 12. Juni findet im Stadttheater eine Arbeitslosenversammlung statt. Bericht über den Reichserwerbslosensong. A u s w e i s: Stempelarte.

Umleitung von Straßenbahnlinien. Gleisbauarbeiten in der Lindenstraße machen es erforderlich, am 14. und 15. Juni d. J. die in der Richtung nach dem Alexanderplatz durch die Stroauer und Lindenstraße verkehrenden Wagen der Linien 55, 65, 66 und 67 durch die Spandauer und Königstraße umzulenken.

Volkshochschule Neukölln. Am Freitag, abends 8 Uhr, findet eine Versammlung der Vertreter der Herrschaft zu den Kursen im Vierteljahr April/Juni 1920 im Zeichenjahr der 1. Mädchen-Mittelschule, Danowstr. 120, statt.

Das nächste Städtische Volkskonzert des Philharmonischen Orchesters unter Leitung von Richard Hanel findet am Freitag, den 11. Juni 1920, in der Philharmonie, Bernburger Str. 22/23, statt.

Eine tollkühne Kletterpartie unternahm gestern der 13jährige Knabe Pauli Kiecke in der Postener Straße 10. Der Junge kletterte an der Außenwand des dortigen Fabrikgebäudes bis zum 6. Stock in die Höhe, dann kletterte er am Giebel weiter um einen Stierlösen, in dem sich Junge befand, auszunehmen. Der Knabe wurde vom Schwindel erlöst und stürzte vom Dach in die Tiefe auf einen Baum. Die Spitze eines Baumstammes drang in das rechte Knie ein. Die Feuerwehr befreite den bewußtlosen Knaben und brachte ihn nach lebend nach dem Rudolf-Diörsch-Krankenhaus.

Der Nordanschlag auf den Schankwirt Heinrich Kasse in der Wilhelmstr. 6, der, wie wir berichteten, in der Nacht vom 19. u. 20. verübt wurde, hat sich als ein Verbrechen zu dem grauenhaften Tat der Frau Dr. Demberger herausgestellt. Die Ermittlungen der Kriminalpolizei ergaben, daß als Haupttäter der 24 Jahre alte frühere Oberregimentalkoch Hans König aus Berlin in Betracht kam. König war flüchtig geworden und auf seine Ergreifung eine Belohnung von 1000 Mark ausgesetzt worden. Gestern nachmittag ist es nun gelungen, König seiner Haft zu werden. König hatte gleich am Tage nach dem Verbrechen in Klein-Verkehr bei Wilmersdorf Stellung als landwirtschaftlicher Arbeiter angenommen. Arbeiter machten die Kriminalpolizei auf ihn aufmerksam, und diese entsandte sofort Beamte nach Klein-Verkehr, die dort gestern nachmittag den Gesuchten festnahmen. Gleich nach seiner Ankunft wurde er vernommen. Dabei stellte sich heraus, daß König die Frau des Schankwirts Kasse vorher gar nicht gekannt hatte und als widerwärtiger Mensch von ihr auf

offener Straße (an der Passage in der Friedrichstraße) gesehen worden war. Ihren Mann zu beseitigen. König zog zu dieser Zeit Sprüche auch noch seinen Freund Fr. Granat hinzu. Frau Kasse machte den Leiden den Vorwurf, daß sie ihren Mann erschließen sollten und dann die Waise neben ihm hinlegen, um so einen Selbstmord vorzutäuschen. Sie kamen dann überein, Kasse im Tropower Park zu überfallen und zu erschlagen. Zur Ausführung dieses Anschlagens kam es jedoch nicht, weil beiden der Mut fehlte. Sie suchten nun einen dritten Spießgesellen und fanden diesen in einem 22 bis 23 Jahre alten jungen Mann, den sie nur mit dem Vornamen Willi kennen. Alle drei begaben sich am Tage der Tat nachmittags in die Schankwirtschaft von Kasse in der Wilhelmstraße, um sich die Verhältnisse genauer anzusehen. Bei dieser Gelegenheit handigte Frau Kasse dem König auch den Schlüssel zur Ladentür aus. Alle drei entfernten sich sodann, um kurz vor 12 Uhr, als alle anderen Gäste gegangen waren, wiederzukommen und dann die Tat auszuführen. Der dritte noch unbekannte Täter wird noch gesucht.

Voraussichtliches Wetter für Berlin und Umgegend am Freitag Zeitweise heiter, aber noch ziemlich kühl und überwiegend bewölkt, mit leichten Regenschauern und mäßigen, vorherrschend nordöstlichen Winden.

Öffentliche Kommunalwähler-Versammlungen.

3. Distrikt. Heute abend 7 1/2 Uhr in der Schulaula Mittenwalder Straße 34. Referent: Genosse Dr. Wehl.
Tegel. Heute 7 1/2 Uhr bei Panufek, Hauptstraße. Referent: Genosse Seile.
Tropower-Baumhüttenweg. Freitag 7 Uhr im Neuen Gesellschaftshaus am Bahnhof Tropower. Thema: Die Wahlen von Groß-Berlin. Ref.: Gen. Kawroci.

Lebensmittellisten.

Verkauf von Frischwurst an Neuköllner Schwerekriegsbeschädigte Der Roggknecht Neukölln bringt in der Zeit vom 11. bis 18. Juni je 1 Pfund Frischwurst an Schwerekriegsbeschädigte zum Preis von 11 M. je Pfund zum Verkauf. Die Empfangsberechtigten erhalten die für den Einkauf erforderlichen Bezugsscheine im städtischen Kriegsfürsorgeamt, Rathaus Neukölln, Zimmer 24a, Wirtschaftsstelle.
Reinickendorf. 1/2 Pf. Hefeflocken (240), 2 Pakete Milchspeise (240), Abschnitte bis Sonntag bei den Händlern und in den omtlichen Verkaufsstellen abzugeben auf den Juliabschnitt der Kinderkarte A, B und C gelangen ab 11. Juni in den amtlichen Verkaufsstellen und den Verkaufsstellen der Konsumgenossenschaft folgende Waren zur Ausgabe: Karte A: 1/2 Pf. Gerstennmehl, 1/2 Pf. Hefeflocken, 2 Pakete Zwieback, Karte B: 1/2 Pf. Gerstennmehl, 1/2 Pf. Hefeflocken, 2 Pakete Zwieback, 2 Pakete Milchspeise, Karte C: 1 Pfund Hefeflocken, 5 Pakete Milchspeise.

Aus den Organisationen.

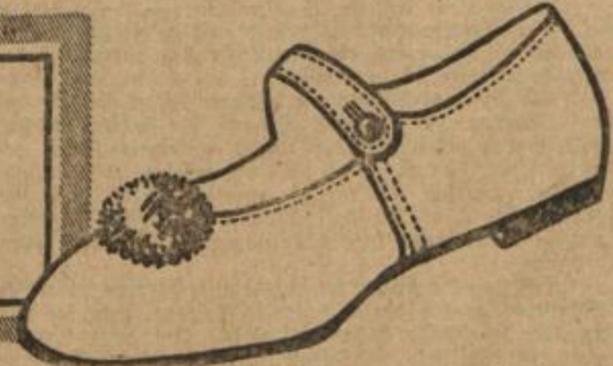
2. Distrikt. Sonnabend 6 Uhr Flugblätterverteilung von den 14 kannten Stellen.
6. Distrikt. Politische Kommissionen. Sonnabend 6 Uhr Sitzung bei Pilsch, Blumenstr. 34. — Die Abteilungsleiter sollen die Flugblätter heute von der Expedition Leide, Markstr. 23, abholen.
8. Distrikt. Die Abteilungsleiter erhalten die Flugblätter, die heute verteilt werden, in der „Freiheit“-Expedition Dreißigwälder Straße. Jetzt abholen.
9. Distrikt. Freitag 7 1/2 Uhr Sitzung sämtlicher Elternbeiräte im Rathaus des Bezuges Großsiedler Straße.
14. Distrikt. Sonnabend 7 Uhr Vorstandssitzung bei Kaiser, Gohz hofstr. 34.
18. Distrikt. Sonnabend 6 Uhr Zusammenkunft aller Mitglieder der Politischen Kommission der Ringe, Sellenstr. 14.
17. Distrikt. Heute, Freitag, 7 Uhr Sitzung der kommunalen Kommission bei Heinz Müller, Ecke Dorfstraße. Vortrag von Gen. Stadtschreiber Kroch.
Charlottenburg. Aktionsrat. Sonnabend 7 Uhr Sitzung im Rathaus, Sitzungssaal 2.
Wilmersdorf-Schmargendorf. Freitag 7 1/2 Uhr Sitzung sämtlicher Funkkassen und des Ausschusses in der „Freiheit“-Expedition, Hagenstr. 34.
Steglitz-Friedenau. Bildungskommission. Heute 8 Uhr Sitzung bei Honk, Sieglitz, Fichtestr. 4.
Lichtenberg. Sonnabend 7 Uhr Sitzung der Schiedsgerichts-Kommission bei Giese, Kanstr. 3.

Bereinstander.

Betriebsräte und Betriebsobmänner der Expeditions- und Güterbeförderung, Autobetriebe, Zuhbetriebe aller Art. Heute, Freitag, 11. Juni, 6 1/2 Uhr Vollversammlung in Boehrs Festhallen, Webersstr. 17. 1. Bericht über die Verhandlungen mit der Gewerkschaftskommission betr. den Aufbau der Betriebsorganisation. 2. Wahl der Delegierten zur Generalversammlung. Vollständiges Erscheinen ist dringend erforderlich, da die Wahl der Delegierten zur Generalversammlung vorgenommen wird. Der geschäftsführende Hauptausführender der Betriebsorganisation, zentrale der Betriebsräte Groß-Berlins.
Deutscher Eisenbahner-Verband, Ortsgruppe Groß-Berlin Sonntag vorm. 9 Uhr: Mitteilerversammlung der Lokfahre Bank am „Nährischen Zelt“. — Montag 6 Uhr Bezirksfunkionsärkung des Bezirks Nord I Zülicher Straße 2 (Bohnhof Gesundbrunnen).
Deutscher Lebküchler-Verband, Jagdgruppe 12a (Rüschner) Ficht- und Röhrenproduktion. Heute 7 Uhr Versammlung aller Werkmeister bei Pandenburg, Stolauer Straße 3.
Arbeiter-Elternbund Berlin. Sonntag, 13. Juni. Waldfest im Tegel (Vuchederial) fällt aus. Dafür Ausflug nach Gaimwinkel (Kehau rani Knollow). Treffpunkt und Zeit bleiben bestehen. Gruppe 8: Treffpunkt 1/2 Uhr Krasowalder Platz. Fahrgeld für städtische Gruppen 80 Pf., für Raabit 40 Pf.
Verantwortlich für die Redaktion: Leo Lebschütz, Friedenau, Bernauerstr. 1 d. Inseraten: Ludwig Komertner, Karlshorst, Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, e. G. m. b. H., Berlin. — Trud der Lindendruckerei und Verlagsgenossenschaft m. b. H., Schiffbauerdamm 12.

Billige Hausschuhe

Schuhstoff-Schlüpfers mit Lederohle, für Damen	10 50	Schuhstoff-Hausschuhe mit Lederohle und Absatz, für Herren	15 90	Phantasieleinen-Schlüpfers in Sammet, Satin, Kunstseide, viele Farben, durchweg	16 90
Schuhstoff-Schlüpfers mit Lederohle, für Herren	14 50	Segeltuch-Hausschuhe mit Lederohle und Absatz, für Damen	14 85	Leder-Schlüpfers mit Lederohle, für Damen	59 00
Schuhstoff-Hausschuhe mit Lederohle und Absatz, für Damen	11 85	Schuhstoff-Hausschuhe mit Vulkansohle, für Damen, sehr haltbar	8 90	Leder-Schlüpfers mit Lederohle, für Herren	69 00



Leiser

Leipziger Straße 64
Oranienstraße 34
Oranienstraße 47a
Friedrichstraße 129
Lauenhagenstraße 20
Königsplatz 34
Neukölln, Bergstraße 7 &
Müllerstraße 3a
Turmstraße 50
Friedenau, Rheinstraße 14